



Protest gegen geplante Kürzungen bei Vereinen und Verbänden

↳ Seite 3

Widerstand gegen geplanten Müllöfen in Misburg

↳ Seite 4

Aufklärung um schädlichen Ausbau des Südschnellwegs gefordert

↳ Seite 6

ADFC-Vorstandsmitglied Dirk Hillbrecht legt im Interview die Finger in die Wunden der hannoverschen Radverkehrspolitik

↳ Seite 8

Roter Faden

Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover





Auf dem Rücken der „Kleinen Leute“

Rund 30 Prozent der Bevölkerung wissen nicht mehr, wie sie infolge der massiven Preissprünge bei Energie, Lebensmitteln und Co sowie horrender Mieten über die Runden kommen sollen. Die Wirtschaft geht auf Talfahrt, Unternehmen schlagen Alarm und drohen mit Abwanderung. Ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit ist nur eine Frage der Zeit. Zukunftssängste und eine tiefe Verunsicherung greifen auch in den Mittelschichten dramatisch um sich.

Als wenn das nicht schon genug wäre, legt die Bundesregierung mit ihrem Gebäudeenergiegesetz nach, das weitere massive Mietsteigerungen nach sich ziehen wird. Obendrein werden Millionen Eigentümer*innen mit kleinen Budgets ihr Haus oder ihre Eigentumswohnung und damit ihre Altersvorsorge verlieren, weil sie die vielen, oft sündhaft teuren Klimaauflagen nicht bezahlen können.

Die Bundespolitik wird versuchen, die gewaltigen Militärausgaben durch Sozialkürzungen wieder hereinzuholen. Auch das ist nur eine Frage der Zeit. Besonders betroffen werden wie immer die sein, die mit jedem Euro rechnen müssen.

Wir können diese verheerenden Entwicklungen zwar nicht aufhalten, versuchen aber mit unseren Möglichkeiten im Stadtrat, das Schlimmste vor Ort zu verhindern. Denn infla-

tionsbedingte Ausgabensteigerungen haben auch die hannoversche Stadtkasse geleert. Die Stadtverwaltung reagiert panikartig mit massiven Kürzungen in allen Bereichen, etwa bei den Zuwendungen für Initiativen, Vereine und Verbände. Beliebte Jugendzentren sind in Gefahr, Jugendtreffs und kulturelle Einrichtungen bangen um ihre Existenz.

Die Stadtspitze trifft mit ihren unsinnigen Kürzungsorgien auf unseren erbitterten Widerstand. Unsinnig deshalb, weil diese Kürzungen noch nicht einmal ansatzweise die leere Stadtkasse füllen werden, aber viel Schaden in Bereichen anrichten, die das Leben in unserer Stadt lebenswert machen.

Mit unserer neuen Ausgabe des Roten Faden möchten wir Euch/Sie über unsere Arbeit im Rat und in den Bezirksräten informieren. Auf der letzten Seite legt Dirk Hillbrecht, Vorstandsmitglied beim Allgemeinen Deutschen Fahrradclub, im Interview die Finger in die Wunden der hannoverschen Radverkehrspolitik.

Danke für Euer/Ihr Interesse.

Dirk Machentanz

Dirk Machentanz
(Fraktionsvorsitzender)

IMPRESSUM

Herausgeberin:

DIE LINKE Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Schmiedestraße 39, 30159 Hannover, Tel.: 0511 168 326 00, Fax: /-326 08
Email: linksfraktion@hannover-rat.de

Redaktion:

Michael Fleischmann
Holger Othmer
V.i.S.d.P.: Dirk Machentanz

Protest gegen geplante Kürzungen bei Vereinen und Verbänden ...



„Die Stadtspitze sollte sich bei ihren Parteifreund*innen in der Bundes- und Landesregierung für eine vernünftige finanzielle Ausstattung der Kommunen einsetzen, anstatt das kaputtzusparen, was unsere Stadt lebenswert macht.“

Finanzpolitiker Felix Mönkemeyer

Der Haushalt der Stadt ist tief in den roten Zahlen. Dieses Jahr droht ein Minus von 100 Millionen Euro. Um Geld in den leeren Stadtsäckel zu bekommen, will die Stadtspitze bei den Zuwendungen an Vereine und Verbände den Rotstift ansetzen. Um 6 Millionen Euro soll der Etat schrumpfen. Viele Vereine und Jugendtreffs bangen um ihre Existenz. Beliebte Jugendzentren wie Kornstraße und Glocksee sind in Gefahr. Auch die freie Theaterszene



Zieht der Kämmerer den Stöpsel?

befürchtet Schließungen, wenn die Geldkürzungen kommen. „Diese Kürzungen werden den Haushalt noch nicht einmal ansatzweise retten, aber viel Schaden in Bereichen anrichten, die das Leben in unserer Stadt lebenswert machen“, mahnt Finanzpolitiker Felix Mönkemeyer. „Das geht gar nicht!“

... sowie Schließung von Saunen in zwei Bädern

Stadtkämmerer Axel von der Ohe (SPD) will auch den Saunabetrieb im Stadionbad und Stöckener Bad einstellen. Er erwartet im Zuge der gestiegenen Energiekosten eine jährliche Einsparung von rund 250.000 Euro. „Die Schließungspläne sind absolut inakzeptabel“, kritisiert Sportpolitiker

Andre Zingler. „Gemessen am relativ geringen Einsparbetrag wäre der damit verbundene Verlust an Lebensqualität für die Badegäste zu groß.“

Viele Sporteinrichtungen sind marode und sanierungsbedürftig. Die Einwohner*innen können sie nicht mehr in vollem Umfang nutzen. „Die Schließung von Saunen wäre hier genau das falsche Signal“, sagt Felix Mönkemeyer. Stattdessen müsse das „Kaputtsparen der hannöverschen Freizeitinfrastruktur“ ein Ende haben. Er sieht den Stadtkämmerer in der Pflicht, sich bei seinen Parteifreund*innen in der Bundes- und Landesregierung für eine vernünftige finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden einzusetzen, damit diese ihren vielen Ausgaben stemmen können.

Schulbiologiezentrum soll viel Geld sparen – Bildungsangebote betroffen

Trotz massiver Proteste hat die Stadtverwaltung an ihren rigiden Sparzielen beim Schulbiologiezentrum bis Redaktionsschluss festgehalten. Die bei Schulen sehr beliebte Einrichtung soll mit 500.000 Euro weniger im Jahr auskommen, was eine Budgetkürzung um 25 Prozent bedeutet.

Die Linksfraktion macht im Rat Druck, damit das nicht passiert. „Die Kürzungen werden das Schulbiologiezentrum zwingen, seine vielen Bildungsangebote runterzufahren“, warnt Felix Mönkemeyer. „Gerade mit Blick auf den Klimawandel sind die Bildungsangebote zu Themen wie Klima, Ökologie, Ressourcen, Ernährung und Gesundheit unerlässlich.“

Als im vergangenen Jahr die strikten Kürzungspläne für das Schulbiologiezentrum bekannt wurden, wozu auch die Schließung der Gärtnerei gehörte, kam es zu einer Welle des Protests, nicht nur von Lehrkräften und Schüler*innen. In der Folge konnte der Abriss der Gärtnerei in diesem Jahr abgewendet werden.

Widerstand gegen geplanten Müllöfen in Misburg



„Der Bau einer weiteren Müllverbrennungsanlage ist mit den Klimaschutzzielen unvereinbar, erzeugt Mülltourismus und birgt die Gefahr, dass Giftmüll mitverbrannt wird.“

Hans-Herbert Ullrich engagiert sich gegen den geplanten Müllöfen und vertritt DIE LINKE im Bezirksrat Misburg-Anderten.

Enercity plant eine Müllverbrennungsanlage für Gewerbemüll auf einem Grundstück der Unternehmensgruppe Papenburg in Misburg-Süd. Aus Abfall will der städtische Energieversorger Fernwärme gewinnen. Dabei geht es auch um einen teilweisen Ersatz für die Energieleistung des Kohlekraftwerks in Stöcken, das aus Klimaschutzgründen 2026 vom Netz gehen soll. Örtliche Bürgerinitiativen laufen Sturm gegen das Vorhaben.

Auch DIE LINKE in Rat, Bezirksrat und Regionsversammlung lehnt den Müllöfen ab und macht auf offene Fragen, Widersprüche und Ungereimtheiten aufmerksam. Das beginnt mit der CO₂- und Umweltbilanz. Laut Umweltverbänden blasen Müllverbrennungsanlagen jedes Jahr deutschlandweit 24 Milliarden Tonnen CO₂ in die Luft. Der Ersatz von Kohlekraftwerken durch Müllverbrennungsanlagen ist deshalb nicht zielführend. Einwohner*innen in Kommunen mit einer Müllverbrennungsanlage produzieren überdies deutlich mehr Restmüll.

Im Misburger Ofen soll vor allem gewerblicher und industrieller Abfall der Noris Entsorgung GmbH, ein Tochterunternehmen der Papenburg AG, verbrannt werden. Nach eigenen Angaben nimmt die Firma auch „Sonderabfall“ an, eine vornehme Umschreibung für Giftmüll. Wenn sich dieser nicht zur Wiederaufarbeitung eignet, besteht die Gefahr, dass er im geplanten Ofen mitverfeuert wird.

Anwohner*innen befürchten ein erhöhtes Verkehrsaufkommen. Viele

zusätzliche Lkw-Ladungen kommen auf Misburg-Süd zu, inklusive Mülltourismus. Da laut Betriebsleiter der Müllverbrennungsanlage Lahe der gesamte Restmüll aus der Region Hannover in Lahe verbrannt wird, dürfte der Müll für den zweiten Ofen in Misburg außerhalb der Region erzeugt werden. Damit verbunden wäre ein massiver Schadstoffausstoß allein durch die Müllfahrzeuge, die den Gewerbemüll nach Hannover karren. Das 80.000 Quadratmeter große Gelände für den



Misburger Müllöfen wird im Süden von der ICE-Trasse, im Westen vom Lohweg und im Norden vom Zementwerk der Heidelberg Cement AG eingerahmt.

Trotz Wohnungsnot: Keine Sozialwohnungen im Bredero Hochhaus geplant

Im leerstehenden Bredero Hochhaus sind nach einem Umbau von den bisherigen Büros in Wohnraum keine Sozialwohnungen geplant. Das berichtete die Stadtverwaltung auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bauausschuss des Rates. Man wolle die Umsetzung des Projekts nicht gefährden, um so jahrelangen Leerstand zu beseitigen, heißt es in der schriftlichen Begründung.

„Diese Entscheidung ist skandalös in Anbetracht von Wohnungsknappheit und Wohnungsnot“, kritisierte Dirk Machentanz. Die SPD signalisierte Beratungsbedarf.

Die Baupolitiker*innen beschlossen, keine Frist mehr für den Umbau von Büros in Wohnungen im Bredero Hochhaus zu setzen. Das zuständige Unternehmen hatte zuvor zweimal Fristen verstreichen lassen. Damit besteht die Chance, mindestens 30 Prozent

öffentlich geförderte Wohnungen zu schaffen, so wie das auch bei jedem anderen Wohnungsbauprojekt in Hannover üblich ist.



Kostenloses Schulmittagessen: „Landesregierung muss Wahlversprechen endlich einlösen!“



„Die Landesregierung darf die Kosten fürs Schulmittagessen nicht auf die finanziell gebeutelten Kommunen abwälzen!“

Volkmar Gabcke ist
Bezirksratsherr
in Ricklingen.

Die Landesregierung hat das kostenlose Schulmittagessen in ihren Koalitionsvertrag geschrieben und will damit ein Wahlversprechen

einlösen. Geschehen ist bisher nichts. Um die rot-grünen Landespolitiker*innen an ihr Versprechen zu erinnern, macht DIE LINKE in Rat und Bezirksräten mit einer Resolution Druck. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, das kostenlose Mittagessen an allgemeinbildenden Schulen „endlich umzusetzen“. Im Rat stimmten fast alle Politiker*innen gegen den linken Antrag. Im Bezirksrat Vahrenwald-List scheiterte die Resolution an den Gegenstimmen von CDU, FDP und AfD. Bisher war der Antrag nur im Bezirksrat Ricklingen ein Erfolg, der dort bei 13 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen wurde.



Laut Armutsbericht sind rund 44 Prozent der Alleinerziehenden und 22,5 Prozent der Familien qua Definition in Hannover „bedürftig“. Das ist ein erheblicher Anteil von Menschen, deren Budget durch ein kostenloses Schulmittagessen deutlich entlastet würde.

Bahnhof Karl-Wiechert-Allee: Stadtverwaltung prüft Fahrradgarage



„Meinem Sohn wurde dort auch schon das Fahrrad geklaut.“

Karsten Plotzki vertritt
DIE LINKE im Bezirksrat
Buchholz-Kleefeld.

Kleefeld eine Fahrradgarage. Ziel ist, diese unter Inanspruchnahme von Fördergeldern am Bahnhof zu errichten.

Der Anstoß dazu kam von Karsten Plotzki (Linke), der einen entsprechenden Antrag in den Bezirksrat eingebracht hatte. Plotzki fordert in seinem Antrag auch eine integrierte Ladestation für E-Bikes. Dem will die Stadtverwaltung aber nicht entsprechen, weil sie dafür keinen Bedarf sieht. Trotzdem freut sich der linke Bezirksratsherr, dass es mit einer sicheren Abstellmöglichkeit für Fahrräder an der viel frequentierten S-Bahnstation vorangeht. Bisher kommt es am Bahn-



Diebe haben leichtes Spiel: Abgestellte Fahrräder an der S-Bahnstation Karl-Wiechert-Allee.

Damit Radler*innen in Zukunft an der S-Bahnstation Karl-Wiechert-Allee sicher ihre Räder abstellen können, prüft die Stadtverwaltung auf Beschluss des Bezirksrats Buchholz-

hof Karl-Wiechert-Allee immer wieder zu Diebstählen. Radfahrende können ihre Räder nur an Bügeln anschließen. Viele nutzen auch die stützenden Querverbindungen unter der Treppe, die zu den Bahngleisen führt. Diebe haben leichtes Spiel. „Meinem Sohn wurde dort auch schon das Fahrrad geklaut“, berichtet Karsten Plotzki.

Ausbau Südschnellweg: „Wir verlangen Aufklärung“



„Es ist skandalös, dass große Teile der Leinemasch als einzigartige Naturlandschaft für einen Straßenausbau weichen müssen, der nicht notwendig ist.“

Umweltpolitiker Andre Zingler

Die Linksfraktion will wissen, warum der Südschnellweg von 14,50 auf 25,60 Meter verbreitert werden soll, obwohl ein internes Papier des Nie-

dersächsischen Verkehrsministeriums zu einem anderen Ergebnis kommt. Danach ist die Verbreiterung nicht zwingend erforderlich. „Ross und Reiter müssen jetzt klar benannt werden“, betont LINKEN-Fraktionsvorsitzender Dirk Machentanz. Er fordert eine unabhängige Expertise zum weiteren Vorgehen bei der Kraftfahrstraße.

Sollte es bei der Verbreiterung bleiben, werden viele Bäume im Landschaftsschutzgebiet Leinemasch gefällt werden müssen. „Es ist skandalös, dass große Teile dieser einzigartigen Naturlandschaft weichen müssen“, sagt Umweltpolitiker Andre Zingler. Auch in Anbetracht der deutlichen Wetter-

veränderungen durch den Klimawandel seien die Baumfällungen nicht zu rechtfertigen. „Wir brauchen intakte Baumbestände und Waldgebiete für die Klimatisierung unserer Stadt“, mahnt Zingler.

Rund 54.000 Fahrzeuge sollen künftig auf dem westlichen Abschnitt des Südschnellwegs täglich durch die Leinemasch fahren. Mit dieser Prognose rechtfertigen Befürworter*innen die Straßenverbreiterung. Laut jüngsten Zählungen des Bundes aus dem Jahr 2021 verkehren dort aber nur 42.600 Fahrzeuge am Tag. Das sind sogar noch weniger als 2015 (43.300 Fahrzeuge).

Öffentliche Luftpumpen sollen Radverkehr fördern

Auf Antrag von Julia Grammel hat der Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt beschlossen, zwei öffentliche Luftpumpen für Radfahrende aufzustellen. Als mögliche Standorte

mit vielen abgestellten Fahrrädern kommen der Stadtbahn-Endhaltepunkt Ahlem und der Badenstedter Marktplatz weit der Fahrradbügel infrage. Allgemein zugängliche Fahrradpumpen sind in vielen Städten schon Standard, um den Radverkehr zu fördern. Bisher weigert sich die Stadtverwaltung aber, den Beschluss umzusetzen - es

sei denn, die beiden Luftpumpen und die Wartung werden von Bezirksratsgeldern bezahlt. Dann wäre die Verwaltung nach eigenen Angaben bereit, die Luftpumpen zu installieren.



Ihme-Zentrum braucht Zukunftskonzept

Die Linksfraktion fordert vom Oberbürgermeister und den übrigen Verwaltungsspitzen, ein Zukunftskonzept für das Ihme-Zentrum den Tisch zu legen. „Dabei muss es auch um die Eigentumsfrage gehen“, betont LINKEN-Fraktionsvorsitzender Dirk Machentanz. „Schillernde Großinvestoren, die die Stadt abzocken und sonst nix machen, brauchen wir hier nicht.“ Er er-

neuert seine Forderung, die Stadt solle das Ihme-Zentrum übernehmen und sanieren: „Ich erwarte vom Oberbürgermeister einen Plan, wie die Stadt das machen will.“ Die Stadtverwaltung erklärte dagegen, ihre Einflussmöglichkeiten hörten an der Eigentumsgrenze auf. „Man darf den Gebäudekomplex nicht Lars Windhorst und damit einem Hauptinvestor überlassen, der seinen Verpflichtungen bei der Sanierung

größtenteils nicht nachgekommen ist“, entgegnet Dirk Machentanz.

Der Investor ließ fast alle Sanierungsfristen verstreichen. Die Stadt kündigte daraufhin den Hauptmietvertrag, der am 1. Juli endete, was die Linksfraktion immer wieder gefordert hatte. Lars Windhorst gehen so Millionen Mieteinnahmen durch die Lappen.

Wasserstadt Limmer: „Baudenkmäler erhalten statt abreißen!“



„Es ist unannehmbar, die Baudenkmäler abzureißen.“

Luk List ist Fraktionsvorsitzender im Bezirksrat Linden-Limmer.

Wasserstadt Limmer auf dem ehemaligen Conti-Gelände zu erhalten. Nach jahrelangem Tauziehen um die Fabrikgebäude ordneten Land und Region Hannover schließlich den Abriss an. Die Behörden kippten das städtische Sanierungskonzept mit der Begründung, die Baudenkmäler seien mit krebserregenden Nitrosaminen belastet.



Die historischen Gebäude bilden zusammen mit dem restaurierten Turm ein Ensemble der Industriegeschichte.

Der Bezirksrat verlangt, folgendes zum geplanten Abriss zu veröffentlichen:

- Unterlagen zu den Abrissempfehlungen.
- Gutachten zur Belastung der Gebäude mit Nitrosaminen.
- Stellungnahmen der Gesundheitsämter und des Denkmalschutzes.
- Konzeptplanung des Instituts für Umwelt-Analyse. Das Institut hat ein Konzept zum Erhalt und Ausbau der ehemaligen Contigebäude erarbeitet, das Wohnen und Gewerbe ermöglicht. Auch hier wollen die Bezirksratspolitiker*innen wissen was drinsteht.

Die Linksfraktion im Bezirksrat Linden-Limmer fordert, die historischen Industriegebäude der Was-

serstadt Limmer auf dem ehemaligen Conti-Gelände zu erhalten. Nach jahrelangem Tauziehen um die Fabrikgebäude ordneten Land und Region Hannover schließlich den Abriss an. Die Behörden kippten das städtische Sanierungskonzept mit der Begründung, die Baudenkmäler seien mit krebserregenden Nitrosaminen belastet.

Die Linksfraktion regt als Alternative an, die Außenfassade und damit den unverwechselbaren Charakter der Gebäude zu erhalten. Sie bilden zusammen mit dem restaurierten Turm ein Ensemble der Industriegeschichte. Außerdem ist die traurige Geschichte des Ortes durch das Schicksal der Zwangsarbeiter*innen im Nationalsozialismus untrennbar mit diesen Industriegebäuden verbunden. „Hier fließen Gedanken und Denkmalschutz ineinander“, betont Luk List, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bezirksrat. „Es ist deshalb unannehmbar, die Baudenkmäler

abzureißen.“

Der Bezirksrat hat auf Antrag von LINKEN & Piraten die Stadtverwaltung einstimmig aufgefordert, sämtliche Unterlagen über den geplanten Abriss auf den Tisch zu legen (siehe Kasten).

Verkehrskonzept für Wasserstadt angemahnt

Im nächsten Bauabschnitt der Wasserstadt Limmer soll es viele Fahrradstellplätze geben. Die Linksfraktion im Rat begrüßt das, fordert aber ein Verkehrskonzept für das große Neubaugebiet. Sie erwartet eine Lösung für den steigenden Verkehr in der benachbarten Wunstorfer Straße und eine bessere Erschließung mit dem Nahverkehr. Bisher steuert nur die Buslinie 700 die Wasserstadt an, DIE LINKE in Rat und Regionsversammlung fordert eine Stadtbahnbindung. Durch die Bebauung werden nach aktuellen Berechnungen 3.900 zusätzliche Autofahrten am Tag auf der Wunstorfer Straße prognostiziert.

Obwohl gelebte Praxis: Bezirksrat gegen Wohnen im Schrebergarten



„Das Wohnen im Schrebergarten ist wichtig, um die Wohnungsnot etwas zu lindern.“

Julia Grammel vertritt DIE LINKE im Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Da-venstedt.

Trotz Verbots nutzen viele Menschen aus purer Not ihre Gartenlaube zum Wohnen, weil sie keine bezahlbare Blei-

be finden. Das wird meist aus humanitären Gründen geduldet. Trotzdem hat der Bezirksrat den Antrag von Julia Grammel mit großer Mehrheit abgelehnt, diese Praxis zu legalisieren.

Laut linkem Antrag soll es Pächter*innen bei nachgewiesener Wohnungslosigkeit erlaubt sein, in ihrer Gartenlaube zu wohnen. Um das rechtssicher zu regeln, soll die Stadt zusammen mit den Kleingärtenver-

einen im Stadtbezirk eine Nutzungsverordnung für dauerhaftes Wohnen in den Schrebergärten erarbeiten. „Solange die Landeshauptstadt nicht ausreichend bezahlbaren Wohnraum für alle Einwohner*innen bereitstellen kann sind Maßnahmen wie das Wohnen im Schrebergarten wichtig, um die Wohnungsnot etwas zu lindern“, unterstreicht Grammel. Sie kündigt an, nicht locker zu lassen und am Thema dranzubleiben.

„Wir brauchen mehr Platz fürs Rad zu Lasten des Autoverkehrs“

ADFC-Vorstandsmitglied Dirk Hillbrecht über die Radverkehrspolitik in der Landeshauptstadt



Dirk Hillbrecht ist Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) in Hannover. Er kennt die Radverkehrspolitik auch aus seiner Zeit als Ratsherr der Piraten zwischen 2011 und 2016. Die damaligen Diskussionen im Bauausschuss waren für ihn „häufig kaum auszuhalten“.

ROTHER FADEN: Stadtverwaltung und Kommunalpolitik wollen den Radverkehr im Zuge der Verkehrswende fördern. Wird in unserer Stadt tatsächlich genug für Radler*innen getan?

Dirk Hillbrecht: Die Verwaltung macht durchaus progressivere Vorschläge als früher. Es kommen bessere Entwürfe und Drucksachen. Diese werden aber durch politische Einflussnahme verwässert. Der Mehrheitskoalition im Rat gehört ein SPD-Fraktionsvorsitzender an, der sich erst vor einiger Zeit in der Diskussion um autoarme Wohnquartiere wieder als Retter der vermeintlich verfolgten Automobilgesellschaft in Szene gesetzt hat.

Können Sie ein aktuelles Beispiel zum Radverkehr nennen?

Das geplante Veloroutennetz macht nur Sinn, wenn diese Radwege bestimmte Mindeststandards erfüllen. Einer davon ist: Das Veloroutennetz muss durchgängig sein. Wenn ich auf diesen Wegen fahre, muss ich sicher sein können, dass ich bis zum Ende durchfahren kann und mich nicht irgendwann fragen muss, wo es langgeht. Dafür muss man aber auch bereit sein, gerade an größeren Kreuzungen unter Umständen den Verkehr deutlich anders zu regulieren. Das ist

politisch immer noch extrem schwer durchzusetzen.

In Bemerode macht der Bezirkstrat seit Monaten Front gegen die sinnvolle Führung der Veloroute 6 durch die Alte Bemeroder Straße, weil ein ansässiger Getränkeshändler weiter seine Autos auf der Straße parken will. Die Politik macht sich zum Büttel solcher Einzelinteressen. Es muss der Wille da sein, ein durchgehendes Veloroutennetz herzustellen. Im Zweifel muss dafür eine Fahrspur wegfallen, oder Parkplätze müssen weichen, weil der zur Verfügung stehende Platz begrenzt ist.

Mit solchen Positionen bringen Sie viele Autofahrer*innen „auf die Palme“. Das merken auch die Politiker*innen.

Laut Verkehrszählungen hat der Radverkehr unter der Woche in Hannover deutlich zugenommen. Das Rad wird als Alltagsverkehrsmittel immer wichtiger. Darauf muss die Radverkehrsinfrastruktur ausgerichtet sein. Das heißt: Wir brauchen mehr Platz fürs Rad, weil die Leute mehr Fahrrad fahren. Es muss zwingend zu Lasten des Kfz-Verkehrs gehen, weil der bisher den meisten Platz beansprucht. Schon im Straßenverkehrsrecht gilt: Fließender Verkehr hat Vorrang vor ruhendem Verkehr. Deshalb darf der Wegfall von Parkplätzen niemals ein Argument gegen den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur sein.

Die Velorouten sind nur ein kleiner Teil des gesamten Radwegenetzes. Welche Schwachstellen sieht der ADFC abseits der Velorouten?

Häufig sind die sogenannten Schutzstreifen anzutreffen, etwa auf der Podbielskistraße, der Königstraße oder Wedekindstraße. Ich halte die roten Streifen ohne Ausnahme für eine gefährliche Mogelpackung. Sie geben dem Radverkehr erstens zu wenig

Platz. Zweitens suggerieren sie allen Verkehrsteilnehmern, dass der Radverkehr dort zu fahren hat und man ihn außerhalb dieses Streifens quasi beliebig überholen darf. Das ist nicht nur hochgradig gefährlich, sondern auch verboten, wenn es zu eng ist. In der Fassung der Straßenverkehrsordnung von 2011 stehen die Mindestabstände, die beim Überholen einzuhalten sind, ausdrücklich drin: 1,50 Meter sowie 2 Meter bei Lastenrädern, Rädern mit Anhänger und Kindern.

Sie erwähnten die Königstraße. Was sollte Ihrer Meinung nach geschehen, damit die Radler*innen dort sicher fahren können?

Erforderlich ist eine andere Regulierung des Verkehrs. Der Kfz-Durchgangsverkehr müsste raus, Tempo 30 auf der gesamten Strecke und ein Überholverbot für einspurige Fahrzeuge, also Fahrräder.

Nach mehreren Jahren Pause will die Stadt wieder Fahrradstraßen einrichten.

Das ist gut, auch weil die Stadt per Gerichtsbeschluss dazu angehalten ist, auf Kriterien zu achten, die so eine Straße auch wirklich zu einer Fahrradstraße machen. Man muss nebeneinander fahren können, und es muss dann auch noch jemand daran vorbeikommen können.

Auf der anderen Seite will man die Fahrradstraße Große Barlinge in der Südstadt wieder aufheben, weil die Kriterien angeblich nicht einzuhalten sind. Das ist sehr unerfreulich, weil diese Straße eine zentrale Achse mitten im Wohngebiet ist. Man könnte das Problem beheben, indem man dem fließenden Verkehr mehr Platz gibt. Dafür müssten, wie so oft, Parkplätze entfallen. Ich appelliere an die Politik, sich des Themas anzunehmen.

